

Pro Gloria et Patria



Preussen

Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e. V.

Preussenbrief

November 2021



Worte des Monats November 2021

Angela Merkel

*17. Juli 1954



„Wir schaffen das“-zur unkontrollierten Zuwanderung, 700.000 Syrier in Hartz 4, massiver Anstieg von Gewaltverbrechen, 95 Mrd. Kosten p.a.

"Dann ist das eben so"- zur überproportionalen Gewalt von Migranten

"Ich glaube, dass im Großen und Ganzen nichts schiefgelaufen ist."-zur Bestellung der Impfstoffe

„Scheitert der Euro, scheitert Europa.“- es wäre besser gewesen Griechenland die Drachme zurückzugeben

„Fukushima hat meine Haltung zur Kernenergie verändert.“- sinnlos, hoher volkswirtschaftlicher Schaden, gefährdet Energieversorgung der Industrienation

„Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht.“- keine Maßnahmen danach!

«Die zu beschließenden Hilfen für Griechenland sind alternativlos, um die Finanzstabilität des Euro-Gebietes zu sichern.»- es gab Alternativen, die wurden nur nicht diskutiert

Editorial November 2021



*Sehr geehrte Freunde
und Mitglieder,*

*Angela Merkel ist als Kanzlerin Geschichte! Jahrelang dachte ich, dass es danach
nur besser werden kann!*

Den Glauben habe ich nun nicht mehr, die Lindner FDP-wird reihenweise einknicken, und die "Ideen" der SPD und der Grünen werde sich durchsetzen.

Aber die CDU trägt die Schuld hierfür ganz allein!!

Vielleicht nutzt Sie die Zeit in der Opposition um einen Wandel hin zu einer konservativen Partei, die modern ist, zu gestalten!?!??

Die Veranstaltungen für Januar und Februar plane ich gerade.

Herzliche Grüße

Ihr

Steffen Bender

I. Der Wunsch nach Rückkehr

Lud. Feinmühle Nr. 15.5.46

An
den Herrn Oberbürgermeister der Stadt
Filzig.

Hiermit möchte ich mit der Anfrage erlauben ob eine
Möglichkeit besteht nach Filzig zurückzukehren. Ich war
seit 1932 in der Stadt Filzig durch meinen Fleiß
und Sparsamkeit habe ich mit ein eigenes in der
Puffenstraße 15 b gebaut einen Obstgarten habe ich angelegt
auch eine Emberei von 27 Wölfen habe ich mit an-
gefangen. Beschäftigt war ich seit 1932 als Feinmüller bei dem
Vaterhandwerk. Parteipolitisch war ich in der V. D.
Freiwerderpartei tätig durch den Parteivorstand als Vorstands-
mitglied und Stabschef war ich auch gaststellend tätig,
deshalb konnte Parteitagung und Kollege dabei
auch nicht gehen. Ich hätte noch gerne gewünscht ob mein
Häuschen in der Wollengarten Puffenstraße 15 b noch
verkauft ist. Auf meine Adresse könnte ich mit
auch nicht gehen.

Für einen baldigen Bescheid wäre ich sehr dankbar.
Wiederum ich mit in meinem lieben Heimatort
bald wieder.

meine Feinmühle
liegt bei

Großmühlendamm.
Ernst Wiese.
Lud. Feinmühle Nr.
Fagenstr. 1

Brief im Original

Der Wunsch nach Rückkehr

Ein Briefwechsel aus dem Jahr 1946 zeigt beispielhaft die große Sehnsucht der Ostdeutschen nach ihrer Heimat – sowie auch die Ernüchterung darüber, dass dies nicht möglich war

Christiane Rinser-Schrut

24.10.2021

Manfred Schukat ist ein Kümmerer, und das nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern. Die Jahrestreffen der Landesgruppe in Mecklenburg-Vorpommern werden gerne besucht, nicht zuletzt wegen der Herzlichkeit des Organisators. Das nächste Treffen wird am 24. September 2022 in Schwerin stattfinden.

Auf einem dieser Treffen wurden Schukat zwei Briefe in einem Kuvert überreicht, die zeigen, wie groß der Wunsch der „Flüchtlinge und Heimatvertriebenen von 1945 gewesen ist, selbst zu Fuß, nach Hause zurückzukehren, wenn halbwegs annehmbare Verhältnisse geherrscht hätten“, so schreibt der Landesvorsitzende Schukat, und weiter: „Umgekehrt waren diejenigen froh, die endlich aus der Königsberger Hölle herauskamen.“

Inhalt des Briefwechsels ist ein Antrag eines Tilsiters im brandenburgischen Bad Freienwalde vom 15. Mai 1946, in die Heimat zurückkehren zu dürfen. Der Landsmann Ernst Wieck wendet sich direkt an den sowjetischen Oberbürgermeister von Tilsit. „Es ist sehr berührend“, kommentiert Schukat dieses nun 75 Jahre alte Dokument.

Hochinteressant ist die Antwort und der Umstand, dass dasselbe Kuvert für die Rücksendung benutzt wurde. Auf der Vorder- und Rückseite findet man die Stempel vom 27. Juli 1946 aus Tilsit, Kenigsbergskoj, CCCP. Musste gespart werden oder gab es einen anderen Grund, aus dem derselbe Umschlag für die Antwort hergenommen wurde?

Um den Lesern der PAZ das Studieren der Briefe einfacher zu machen, hat Schukat sich die Mühe gemacht und die Texte von der altdeutschen Schrift in Antiqua transkribiert. Er schreibt dazu: „Im Tafelwerk' der DDR-Schule gab es ein Sütterlin-Alphabet. Das hat uns bei der Entzifferung so mancher alten Aufzeichnung sehr geholfen.“

Hier nun der Text des Antrags von Ernst Wieck: „Bad Freienwalde a./O., den 15.05.1946 An den Herrn Oberbürgermeister der Stadt Tilsit Hiermit möchte ich mir die Anfrage erlauben, ob eine

Möglichkeit besteht, nach Tilsit zurückzukehren. Ich wohne seit 1922 in der Stadt Tilsit. Durch meinen Fleiß und Sparsamkeit habe ich mir ein Eigenheim in der Kastanienstraße 15 b erbaut, einen Obstgarten habe ich angelegt, eine Imkerei von 27 Völker habe ich mir angeschafft. Beschäftigt war ich seit 1922 als Zeichner bei dem Wasserbauamt. Parteipolitisch war ich in der S.P.D., freigewerkschaftlich deutscher Verkehrsbund Abteilung Wasserbau und Flößerei, woselbst ich auch Zahlstellenleiter war, darüber könnte auch Parteigenosse und Kollege Dobinsky Auskunft geben. Ich hätte noch gerne gewusst, ob mein Häuschen in der Verlängerten Kastanienstr. 15 b noch vorhanden ist. Auch Genosse Kriwat könnte über mich Auskunft geben. Für einen baldigen Bescheid wäre ich sehr dankbar. Vielleicht sehn wir uns an unserem lieben Memelstrom bald wieder. Eine Freimarke liegt bei. Hochachtungsvoll

Meine Anschrift: Ernst Wieck
Bad Freienwalde a./O.
Hagenstr. 1“

Wieck sorgt sich um sein Haus und seinen Garten samt Imkerei, und 27 Völker sind wirklich viel. Laut einem Überblick des Deutschen Imkerbundes e.V. hielt jeder Imker im Jahr 2020 im Schnitt 6,6 Bienenvölker; 96 Prozent der Imker hatten bis zu 25 Völker, drei Prozent hatten 26 bis 50 Völker und nur ein Prozent der Imker in Deutschland hatten im Jahr 2020 über 50 Völker.

Der Tilsiter Zeichner hat auch offenbar Kontakte in der Stadt, verweist er doch auf den Kollegen Dobinsky und den Genossen Kriwat. Am „lieben Memelstrom“ hofft Wieck auf ein baldiges Wiedersehen und bittet den Oberbürgermeister um eine rasche Antwort, ob er nach Tilsit zurückkehren kann.

In jedem Wort steckt die Liebe zur Heimat und der Wunsch, das in Sicherheit zu wissen, was man aufgebaut hat, um es selbst wieder mit Leben füllen zu können.

Aus Tilsit erhält Wieck mehr als zwei Monate später eine Antwort zugeschickt. Sie dürfte den Empfänger nicht sonderlich erfreut haben.

Brief der Bürgermeisterei
„Tilsit, den 26.7.46
Werter Herr Wieck!

Im Bezug auf Ihr Schreiben kann ich Ihnen leider keine gute Auskunft geben. Das Haus in der Kastanienstr. 15 b steht und ist von russischen Marine-Soldaten z.Zt. bezogen. Von der Imkerei fehlt jede Spur. Das Genosse

Hensel in Tilsit ist, ist mir nicht bekannt.
Die Bürgermeisterei Tilsit“

Allein die Nachricht, dass sein Haus noch steht, könnte ein Weiterhocken ermöglicht haben. Das Haus wird von russischen Marine-Soldaten bewohnt, das Imkerzubehör und die Völker sind jedoch nicht mehr vorhanden, und es wird ein Genosse Hensel erwähnt, der in Wiecks Brief gar nicht vorkommt.

Der Leser muss den Eindruck bekommen, dass die Bürgermeisterei keine Zeit für derlei Anfragen hat und möglicherweise Anfragen vermengt. Eine wirkliche Antwort gibt der Brief auch nicht. Wiek erhält „keine gute Auskunft“ und nur zwischen den Zeilen kann man lesen: Das Haus ist besetzt und alles andere ist weg, eine Rückkehr ist daher nicht möglich.

Was dieser Brief bei Wiek ausgelöst hat, wissen wir nicht. Es bleibt der Wunsch nach Heimat, wie sie gewesen ist.

Quelle: Preußische Allgemeine

II. Labor-Virus?



These vom „Labor-Virus“ erhärtet sich
Neue Spekulation um Pandemie-Ursache – Wuhan-
Labor beantragte US-Fördermittel für Corona-
Forschung

Wolfgang
11.10.2021

Kaufmann

Seit Anbeginn der Corona-Pandemie fragen sich viele Wissenschaftler, warum der Erreger SARS-CoV-2, welcher angeblich aus dem Tierreich kommen soll, besser an menschliche als an tierische Zellen andocken kann, was der Grund für seine hohe Infektiosität ist. Daraus resultierte alsbald der Verdacht, das Virus sei künstlichen Ursprungs. Dieser erhält nun durch die Veröffentlichung von bislang geheim gehaltenen Dokumenten aus dem Bestand der US-amerikanischen Behörde Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) neue Nahrung. Die DARPA untersteht dem US-Verteidigungsministerium und koordiniert beziehungsweise finanziert Forschungsprojekte im Interesse der US-Streitkräfte, zu denen Experimente mit Biowaffen gehören. Verantwortlich für die Enthüllungen ist die Recherchegruppe DRASTIC (Decentralized Radical

Autonomous Search Team Investigating Covid-19), welche von Blättern wie dem New Yorker Nachrichtenmagazin „Newsweek“ und dem britischen „Telegraph“ sowie der „Neuen Zürcher Zeitung“ als vertrauenswürdig angesehen wird. Laut DRASTIC ging bei dieser Behörde 18 Monate vor Ausrufung der Covid-19-Pandemie ein gemeinsamer Förderantrag der Corona-Expertin Shi Zhengli vom Institut für Virologie Wuhan der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und des britisch-amerikanischen Zoologen Peter Daszak ein.

US-chinesische Forscherallianz
Letzterer war und ist Präsident der in New York ansässigen angeblichen Nichtregierungsorganisation EcoHealth Alliance, welche gleichfalls seit längerem Corona-Forschung betreibt und dabei auch vom

Pentagon sowie dem National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID) des US-Gesundheitsministeriums finanziert wird. Die beiden Wissenschaftler wollten 14 Millionen US-Dollar von der DARPA, um aus harmlosen, nur in Fledermaus-Populationen vorkommenden natürlichen Coronaviren für Menschen gefährliche neue SARS-Corona-viren zu züchten, die dann in den von Fledermäusen bewohnten Höhlen in der chinesischen Gebirgsprovinz Yunnan freigesetzt werden sollten. Parallel hierzu hatten Shi und Daszak vor, Impfstoffe zur Immunisierung gegen die künstlich erzeugten „pandemietauglichen“ Varianten des Coronavirus zu entwickeln und an Tieren zu testen. Allerdings lehnte die DARPA es ab, das Projekt „Defuse“ (Entschärfen) zu fördern. Als Begründung gab die Behörde an, der Antrag unterschläge die erheblichen Risiken des Forschungsvorhabens. So bestehe die Möglichkeit einer Gefährdung der Bevölkerung im Umkreis der Höhlen und des Aufkommens unkontrollierbarer Mutationen des Virus. Pikanterweise war es dann gerade Daszak, welcher im Februar 2020 die Veröffentlichung eines Aufrufs in der renommierten medizinischen Fachzeitschrift „The Lancet“ initiierte, in dem 27 prominente Wissenschaftler der „Verschwörungstheorie“ widersprachen, der zufolge der Erreger SARS-CoV-2 aus dem Labor in Wuhan stamme. Zu den Unterzeichnern gehörte seinerzeit übrigens auch der Chefvirologe der Berliner Charité, Christian Drosten. Es droht ein noch größerer Skandal. Dabei liegt der Verdacht nahe, dass die chinesische Forschergruppe um Shi Zhengli das Projekt „Defuse“ dennoch in Angriff genommen hat – entweder mit Hilfe von Fördergeldern aus dem eigenen Land oder Zuschüssen einer anderen US-Institution. Immerhin verfügte auch Daszaks EcoHealth Alliance über beachtliche Mittel. Von 2013 bis 2020 erhielt die „Nichtregierungsorganisation“ alleine schon 123 Millionen Dollar aus den Töpfen staatlicher Stellen der USA, darunter auch des Pentagons. Deshalb fordern Politiker wie der republikanische Kongressabgeordnete Michael Gallagher aus dem US-Bundesstaat Wisconsin nun eine rückhaltlose Aufklärung der Involvierung US-amerikanischer Behörden und Wissenschaftler in die Vorgänge rund um den Ursprung der Corona-Pandemie

– schließlich gehe es hier um nicht weniger als „die Frage nach der Ursache der größten Katastrophe unserer Zeit“. Herauszufinden, ob die Darstellungen von DRASTIC der Wahrheit entsprechen, ist darüber hinaus aber auch deshalb wichtig, weil sich dann möglicherweise ein noch viel größerer Skandal offenbart. Wie ein Forscher im Dienste der Weltgesundheitsorganisation, der anonym bleiben wollte, kürzlich verlautbarte, soll der Fördermittelantrag von 2018 auch den Vorschlag enthalten haben, das Coronavirus MERS-CoV, welches jeden Dritten Infizierten tötet, aber nicht sonderlich ansteckend ist, infektiöser zu machen. Wenn dies stimmt, liebäugelte das Duo Shi und Daszak also sogar mit Experimenten, die der Ausgangspunkt einer Pandemie von geradezu apokalyptischen Ausmaßen hätten sein können

- Preußische Allgemeine

III. 30. November 1920 Preußentum wird zum „Bollwerk der Republikaner“

Nach der Abdankung des Kaisers und Königs von Preußen stellt sich nun vor allem eine Frage: Was soll aus Preußen werden? War Preußen nicht stets ein Hort des Konservatismus, das Regiment der Junker und Generäle, das Land des ungerechten Dreiklassenwahlrechts, das Herrschaftsgebiet der verhassten Hohenzollern, deren letzter Vertreter sich im Angesicht der Revolution aus dem Staub gemacht hat, ohne sich seiner Verantwortung zu stellen? Die Arbeiter- und Soldatenräte haben nun die Macht übernommen, das Reich wird von einem „Rat der Volksbeauftragten“ regiert.

Für Preußen, so scheint es, hat die letzte Stunde geschlagen. Radikale Sozialisten fordern in den Revolutionswirren immer wieder eine Zerschlagung des preußischen Staates. Der Volksbeauftragte für Justiz, Otto Landsberg, erklärt im Januar 1919: „Preußen hat seine Stellung mit dem Schwert erobert, und dieses Schwert ist zerbrochen. Wenn Deutschland leben soll, muss Preußen in der bisherigen Gestalt sterben!“

Aber auch die Befürworter eines Erhalts des preußischen Staates, die zunächst in der Minderheit sind, formieren sich. Der Sozialdemokrat Paul Hirsch, Ministerpräsident und Innenminister des preußischen Revolutionskabinetts, sagt am 13. März 1919 in seiner Eröffnungsrede vor der preußischen verfassungsgebenden Landesversammlung: „Preußens Aufgaben sind noch nicht erfüllt. Auf den Geist der Freiheit, der Ordnung und der Arbeit gestützt, soll es noch einmal der deutschen Nation und ihrer künftigen friedlichen Größe dienen. Preußens beste Eigenschaften, Arbeitsamkeit und Pflichttreue, braucht auch das Deutsche Reich zum Wiederaufbau.“ Hirsch schließt seine Ansprache mit den pathetischen, aber sicher auch hoffnungsvoll optimistischen Ausruf: „Das alte Preußen ist tot, es lebe das neue Preußen!“ Im Streit um den Fortbestand Preußens geben am Ende die Interessen der süddeutschen Staaten den Ausschlag. Sie wollen eine Zerstückelung des größten Einzelstaates verhindern, weil sie befürchten, das gleiche Schicksal könne sie ereilen. Vor allem die Vertreter der

bayerischen Volkspartei machen sich für Preußen stark und blockieren alle einheitsstaatlichen Verfassungspläne. Preußen bleibt als Freistaat bestehen.

Der neue „Freistaat“ Preußen, in strenger Bindung an die republikanische Verfassung regiert, wurde mehr und mehr zu einer Insel innerhalb der nach rechts driftenden Weimarer Republik. Er wurde, nach den Worten von Gustav Stresemann zum „Bollwerk der Republikaner“, das von rechts und links, von reaktionären Monarchisten und konservativen wie faschistischen Nationalisten, aber auch von den in ihren revolutionären Erwartungen enttäuschten Kommunisten angegriffen wurde

Preussenchronik



<Optionale Bildunterschrift>



<Optionale Bildunterschrift>

IV.

Deutschland-Russland-der Westen:

Der Umgang des Westens mit Russland -Nüchterne Realpolitik ist jetzt angebracht
Wie geht man mit Russland um, einem zunehmend autokratisch regierten und außenpolitisch aggressiv auftretenden Land, das Menschenrechte mit Füßen tritt? Die Nato sollte einerseits Russlands „rote Linien“ akzeptieren, andererseits die eigenen „roten Linien“ klar herausstellen. Moralische Entrüstung ist jedenfalls keine Kategorie in der internationalen Politik.

VON RÜDIGER LÜDEKING am 24. Oktober 2021

AUTORENINFO

Botschafter a.D. Rüdiger Lüdeking war während seiner Zeit im Auswärtigen Dienst (1980–2018) in verschiedenen Verwendungen, u.a. als stv. Beauftragter der Bundesregierung für Abrüstung und Rüstungskontrolle und Botschafter bei der OSZE, mit Fragen der Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik intensiv befasst.

Am 18. Oktober kündigte der russische Außenminister Lawrow die Schließung der russischen Vertretung bei der Nato an. Anlass war die zehn Tage zuvor von der Nato verfügte Ausweisung von acht russischen Diplomaten der Vertretung, denen Spionage vorgeworfen wurde. Westliche Politiker bedauerten zwar den russischen Schritt und unterstrichen die fortgesetzte Bereitschaft zum Dialog. Letztlich waren die Reaktionen jedoch von einem Achselzucken, einer anscheinenden Fügung in die Unausweichlichkeit der Verschlechterung der Beziehungen mit Russland geprägt. Und die Eskalationsspirale mit Russland dreht sich weiter: In dieser Woche hat US-Verteidigungsminister Austin bei einem Besuch in Kiew amerikanische Unterstützung für den ukrainischen Wunsch nach einem Beitritt zur Nato bekräftigt, was nicht unerwartet heftige Reaktionen in Moskau ausgelöst hat.

Wie geht man mit der Situation, wie geht man mit Russland um, einem zunehmend autokratisch regierten

und außenpolitisch aggressiv auftretenden Land, das die Menschen- und Bürgerrechte mit Füßen tritt, die politische Opposition im Land kaltblütig ausschaltet, sich um die internationale Meinung immer weniger schert und die EU offenbar nicht für satisfaktionsfähig hält? Ist es – wie die deutsche Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer jetzt empfiehlt – erforderlich, eine härtere Gangart gegenüber Moskau einzuschlagen und die Bereitschaft des Bündnisses zur Ergreifung militärischer Maßnahmen zu verdeutlichen?

Verstärkt innenpolitische Repression
Zur Beantwortung dieser Fragen ist es sinnvoll, zunächst nüchtern eine realpolitische Bilanz zu ziehen. Was Russland betrifft, so müssen wir davon ausgehen, dass Präsident Putin sich absehbar an der Macht halten, er jedoch vermutlich auch angesichts prekärer werdender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen stärker auf innenpolitische Repression zum Machterhalt setzen dürfte. Und selbst wenn es einen Machtwechsel in Moskau gäbe, so muss realistischerweise davon ausgegangen werden, dass dies nicht automatisch eine Erfüllung der westlichen Forderungen und Wünsche zur Folge hätte. So findet die Annexion der Krim nach Umfragen die Zustimmung von über 85 Prozent der russischen Bevölkerung; auch Nawalny dürfte sie nicht rückgängig machen wollen.

Außenpolitisch ist in Rechnung zu stellen, dass Russland die Nato-Osterweiterung – immerhin seit dem Ende des Ost-West Gegensatzes um 14 Staaten – als inakzeptablen Einbruch in seine Einflussosphäre und die schrittweise Untergrabung/ Zerstörung des beanspruchten „Sicherheitsglacis“ betrachtet. Ernst zu nehmen sind gerade auch die russischen Warnungen vor einer Nato-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens. In beiden Fällen war Russland in der Vergangenheit (2008 in Georgien, 2014 in der Ukraine) bereit, militärische Mittel zur Erreichung seiner Ziele einzusetzen. Und schließlich bleibt auch zu konstatieren, dass die von den westlichen Staaten gegen Russland ergriffenen politischen und wirtschaftlichen Sanktionen nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt haben, sondern Russland im Gegenteil ermutigt haben, durch militärisches Engagement unter anderem in Syrien seinen Status als Großmacht, der insbesondere von den USA immer wieder in Abrede gestellt wurde, geltend zu machen.

Trend zur außenpolitischen Selbstbeschränkung. Schauen wir auf den Westen, so gibt es nach dem Afghanistan-Debakel in den USA einen Trend zur außenpolitischen Selbstbeschränkung und zur Konzentration auf den aufwachsenden Rivalen China. Und es ist nicht absehbar, ob die Präsidentschaft von Trump nur ein unseliges Intermezzo war und ob wir auch künftig von der Verlässlichkeit des Bündnisses mit den USA ausgehen können. In jedem Fall werden die USA aufgrund des zunehmenden Engagements in Südostasien Europa drängen, gerade auch in der Politik gegenüber Russland mehr Verantwortung zu übernehmen. Die Erfüllung dieser Erwartung dürfte schwierig werden, gibt es doch Spannungen und ein hohes Maß an Uneinigkeit unter den europäischen Bündnispartnern, beträchtliche Defizite in den militärischen Fähigkeiten und einen eklatanten Mangel an sicherheitspolitischer Stabilität aufgrund der Kündigung beziehungsweise Unterminierung für Europa zentraler rüstungskontrollpolitischer Vereinbarungen durch die USA (das belegen der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, Vertrag über den Offenen Himmel, INF-Vertrag, ABM-Vertrag).

Welche realpolitischen Schlussfolgerungen ergeben sich für die Wahrung unserer sicherheitspolitischen Interessen? Erstens, die Nato muss selbstkritisch ihre aktuelle, weitgehend einseitig auf Konfrontation gegenüber Russland setzende Position überprüfen. Dabei ist die Rückbesinnung auf die mit der Überwindung des Kalten Kriegs gemachten Erfahrungen notwendig. Damals war die Nato-Politik auf Wahrung von sicherheitspolitischer Stabilität ausgerichtet. Entsprechend hat man trotz der unüberbrückbar erscheinenden Differenzen mit der Sowjetunion und der Unfreiheit und problematischen Menschenrechtsslage im Warschauer Pakt auf eine Ausweitung des eigenen Einflussbereiches nach Osten verzichtet und auf Dialog, Regeln zur Koexistenz und rüstungskontrollpolitische Vereinbarungen gesetzt.

Im Kern sollte die Nato – anders als beim diesjährigen Gipfel in Brüssel – auf die pauschale Bekräftigung einer angestrebten Mitgliedschaft von Ukraine und Georgien verzichten. Hier sind von Russland gezogene „rote Linien“ berührt. Der Verzicht ist kein Appeasement,

sondern schlicht realpolitisch im Interesse europäischer Stabilität und angesichts nicht verhinderbarer begrenzter militärischer Eingriffe Russlands gegenüber den genannten beiden Staaten geboten. Gleichzeitig muss die Nato auch die eigenen „roten Linien“ klar herausstellen und den Provokationen Russlands gegenüber Nato-Mitgliedern in Mitteleuropa entschieden entgegenreten. Insgesamt muss der politische Grundansatz des westlichen Bündnisses – die schon seit 1967 bis heute geltende Doppelstrategie des sogenannten Harmel-Berichtes, derzufolge sich die Nato auf der Grundlage einer gesicherten Verteidigungsfähigkeit zu Dialog, Zusammenarbeit und Entspannung bereit erklärt hat – wieder verstärkt in ausgewogener Weise verfolgt werden.

Eklatante Bundeswehr-Mängel. Zweitens, Nato und EU müssen in ihrem Zusammenhalt und in ihren militärischen Fähigkeiten gestärkt werden. Für Deutschland heißt das, dass schnellstmöglich die eklatanten Mängel in Ausrüstung und Personalausstattung der Bundeswehr beseitigt und das von der Nato geforderte Ziel eines 2-Prozent-Anteils der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt erfüllt, werden müssen (auch nach den beträchtlichen Erhöhungen des Verteidigungshaushaltes der vergangenen Jahre liegt der Anteil bisher nur mehr bei circa 1,5 Prozent). Daneben darf im Interesse deutscher Glaubwürdigkeit auch die nukleare Teilhabe nicht in Frage gestellt werden.

Parallel dazu muss die EU auf die Erreichung strategischer Autonomie hinarbeiten; angesichts bestehender Vorbehalte und Hindernisse wird es entscheidend auf das enge Zusammenwirken von Deutschland mit Frankreich und anderen gleichgesinnten Staaten zur Erreichung dieses Ziels ankommen. Dabei ist zu betonen, dass eine strategische Autonomie der EU keinen Gegensatz zur angestrebten Stärkung der Nato darstellt. Sie ist im Gegenteil eine Stärkung des europäischen Pfeilers des Bündnisses und Voraussetzung dafür, dass die europäischen Partner mehr Verantwortung für die Sicherheit des Bündnisses übernehmen. Hier geht es darum, die Wirksamkeit der Verteidigungsausgaben zu erhöhen und schlagkräftige europäische Streitkräfte aufzubauen, die das gesamte Fähigkeitsspektrum abdecken (nach Angaben des IISS

betragen 2020 die Verteidigungsausgaben der EU Staaten zusammengenommen 220 Milliarden US-Dollar und überstiegen damit deutlich die Ausgaben Russlands, dessen Verteidigungshaushalt mit 61 Milliarden US-Dollar beziffert wird). Unabhängig davon ist die strategische Autonomie auch Voraussetzung für die Selbstbehauptung der EU in einem zunehmend durch die Rivalität zwischen den Großmächten geprägten internationalen Umfeld.

Nicht tatenlos zusehen
Drittens, Nato und EU müssen zu einer aktiven Sicherheitspolitik zurückkehren und dürfen der Verschlechterung der Beziehungen zu Russland und den erkennbaren Eskalationsrisiken nicht tatenlos zusehen. Schon die von der Nato 2014 als Reaktion auf die Intervention Russlands in der Ukraine und die Annexion der Krim betriebene Einschränkung der Zusammenarbeit mit Russland sowie die 2018 nach Vergiftung des Doppelagenten Sergej Skripal in Großbritannien verfügte Verkleinerung der russischen Vertretung bei der Nato sind unter diesem Gesichtspunkt problematisch gewesen. Im Interesse der in Sonntagsreden häufig beschworenen Einsicht, dass europäische Sicherheit nicht gegen, sondern nur mit Russland geschaffen werden kann, geht es um die Stärkung der Einbindung Russlands in die Architektur kollektiver Sicherheit und einen Neuanatz für die europäische Rüstungskontrolle.

Auch die Stärkung der bilateralen zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit könnte einen wichtigen Beitrag leisten. Hier ist besonders Deutschland gefordert, hat doch die Sowjetunion durch den Zweiten Weltkrieg die mit Abstand höchste Zahl an Toten zu beklagen (nach unbestätigten Statistiken sollen es mehr als 24 Millionen Menschen gewesen sein), was auch heute noch im kollektiven Bewusstsein der Nachfolgestaaten der Sowjetunion besonders präsent ist. Und schließlich birgt der zu erwartende Rückgang der Bedeutung von fossilen Energieträgern besondere wirtschaftliche Risiken für Russland, die auch in politischen Instabilitäten münden könnten, weshalb der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zukommt.

Neue Rivalität von Großmächten

Viertens, die Beziehungen mit Russland sind vor dem Hintergrund der aktuellen globalen Gesamtkonstellation zu sehen. Diese besteht nicht mehr wie zu Zeiten des Kalten Krieges in einer alles überlagernden bilateralen Blockkonfrontation zwischen Ost und West, sondern in einer mit großen neuen Stabilitätsrisiken befrachteten Rivalität von Großmächten. Zudem können weder die USA noch die freiheitlich-demokratisch verfassten Staaten insgesamt eine dominante Gestaltungsmacht in diesem zunehmend unsicheren Umfeld für sich reklamieren.

Es wird deshalb mehr denn je darauf ankommen, Stabilitätsrisiken einzuhegen und Russland nicht auszugrenzen. Es würde damit nur in die Arme Chinas getrieben, wodurch die globale Machtbalance zulasten des Westens verändert würde. Allerdings wäre es mit dem Selbstverständnis Russlands unvereinbar, auf die Rolle eines Juniorpartners Chinas reduziert zu werden, was angesichts der wirtschaftlichen wie demographischen Rahmenbedingungen zwangsläufig wäre. Hier besteht also ein Ansatzpunkt für eine auf Zusammenarbeit mit Russland angelegte westliche Politik.

Engagement auf Augenhöhe
Die vorstehenden Schlussfolgerungen sind zwar realpolitisch begründet, ist aber deren Umsetzung auch realistisch? Hier sind – betrachtet man den aktuellen Diskurs, die Uneinigkeit des Westens oder gar die wahrscheinlichen Festlegungen in dem Koalitionsvertrag einer neuen Ampel-Bundesregierung – große Zweifel angebracht. Und dennoch: Ein Überdenken der Politik gegenüber Russland tut not. Empörung und moralische Entrüstung sind keine Kategorien in der internationalen Politik. Ein Russland, das sich zunehmend ausgegrenzt und in die Ecke gedrängt sieht, wird sich immer weniger um die internationale Meinung scheren. Es wird immer weniger beeinflussbar, wenn es den Eindruck hat, ohnehin nichts mehr verlieren zu können. So wird Putins Russland auch künftig vor Provokationen nicht zurückschrecken, sofern es von Europa nur mit Deklaratorik und einer Politik des Containment konfrontiert wird und es keine Perspektive für ein wirksames Engagement auf Augenhöhe sieht.

Deutschland und Europa brauchen eine glaubwürdige, einige Russlandpolitik, die nicht gutgläubig-naiv oder beschwichtigend, sondern interessengeleitet, konsequent und nüchtern-pragmatisch ist und ohne wohlfeiles moralisches Pathos daherkommt. Nüchterne Realpolitik ist heute so notwendig wie selten zuvor in den vergangenen Jahrzehnten. In einem Jahr, in dem wir uns an die deutsche Reichsgründung 1871 – vor 150 Jahren – erinnern, erscheint es angebracht, in diesem Zusammenhang die Mahnung eines der prominentesten und einflussreichsten deutschen Realpolitiker, Otto von Bismarck, zu zitieren: „In der auswärtigen Politik (sind) nicht Gefühle, sondern Interessen und Gegenseitigkeit zur Richtschnur zu nehmen.“ Sicherheit bleibt das zentrale Interesse unserer Außenpolitik; sie ist nicht mit militärischen Maßnahmen allein zu gewährleisten.

V. Die Deutschen und die Atomenergie:

Kurz vor dem geplanten endgültigen Abschied scheinen die Deutschen doch noch zu entdecken, was sie an der Kernenergie hatten. „Ja, auf jeden Fall“, antworten mehr als fünfzig Prozent auf die Frage, ob Deutschland „zum Gelingen der Energiewende wieder verstärkt auf Atomkraft setzen“ solle. Zusammen mit den „Eher ja“-Stimmen sind das fast sechzig Prozent dafür, nur 27,5 Prozent sind strikt dagegen.

Die Aussicht auf einen kalten Winter mit explodierenden Energiepreisen, wachsender Versorgungsunsicherheit und drohenden Blackouts hat den Umdenkprozess zweifellos befördert. Dabei ist die Einsicht, dass es sich bei dem vor zehn Jahren durch die Regierung Merkel übers Knie gebrochenen Atomausstieg um einen Jahrhundertfehler handeln könnte, keineswegs neu.

Schon vor mehr als zwei Jahren hat Linde-Aufsichtsratschef Wolfgang Reitzle die Rückkehr zur Atomkraft gefordert und sich über die lässige Faktenignoranz der deutschen Politik echauffiert. „Frankreich hat Glück, denn Frankreich hat Atomkraft“, freut sich Staatspräsident Emmanuel Macron und verkündet ein 30-Milliarden-Investitionsprogramm für den Bau vor allem kleiner, dezentraler Reaktoren. Der britische Premier Boris Johnson will in den kommenden Jahren mindestens ein weiteres Kernkraftwerk im Süden der Insel errichten lassen.

Mit Frankreich drängen neun weitere ost- und nordeuropäische Staaten auf EU-Initiativen zum Ausbau der Atomenergie. Rund um den Globus setzen Industriestaaten zur Absicherung ihrer Energieversorgung auf den Bau neuer Kernreaktoren. Während sich die deutsche Politik und ihre Sekundanten aus den Abteilungen Medien und „Die Wissenschaft“ wechselseitig versichern, Deutschland werde für sein Experiment des Totalausstiegs von der ganzen Welt beneidet, schlägt ebendiese Welt die entgegengesetzte Richtung ein.

Energiewende-Deutschland ist für globale Wettbewerber weniger Vorbild denn kauziger Sonderling. Nicht ohne süffisanten Unterton bot Milos

Zeman, Präsident der Tschechischen Republik – die gerade ihren Atomenergie-Anteil von einem Drittel auf rund die Hälfte ausbaut – dem deutschen Amtskollegen Steinmeier Stromlieferungen „zu einem vernünftigen Preis“ an, sollte es in Deutschland aufgrund der Energiewende zu einem „Mangel an Elektrizität“ kommen.

Mitten in der Energiekrise Das könnte schon bald zum Regelfall werden. Deutschland steckt bereits mitten in einer Energiekrise. Man mag politisch beschließen, Kohle- und Atomstrom gleichermaßen für des Teufels zu erklären, die physikalischen Fakten halten sich nicht an grünes Wunschdenken und ideologische Planbeschlüsse.

Fakt ist: Deutschland hat keine alternative Energieversorgungsstruktur, um die Ausfälle an sicherem und bezahlbarem Strom aufzufangen, die durch die Abschaltung der letzten Kohle- und Atomkraftwerke unweigerlich entstehen. Der beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energiequellen, also Wind- und Solarstrom, ist wissenschaftlicher Voodoo-Glaube. Ob in Deutschland nun 30.000 oder 350.000 Windkraftanlagen stehen – wenn kein Wind pfeift, liefern sie keinen Strom, ganz abgesehen davon, dass die Flächen dafür gar nicht vorhanden sind.

Auch hinsichtlich des Flächenbedarfs und der Bodenversiegelung in Relation zur erzeugten Strommenge sind Kernkraftwerke konkurrenzlos überlegen, während Wind- und Solarkraft das Schlusslicht bilden. Erdgaskraftwerke, die von den Apologeten des Totalausstiegs seit neuestem als Notnagel zur Abfederung des „Übergangs“ beschworen werden, können dieses Versprechen nicht halten: Die steigende globale Nachfrage treibt die Preise in unerschwingliche Höhen, und die Abhängigkeit vom Hauptlieferanten Russland würde zur Erpressbarkeit.

Die deutsche Energiepolitik hat sich in eine Blockade der ideologischen Widersprüche verrannt. CO₂-Emissionen sollen auf Null gebracht werden, steigen aber durch den Atomausstieg sogar an. Das deutsche Energie-Bullerbü hat in einer gigantischen Fehlallokation von Ressourcen eine nicht praxistaugliche Struktur von Windspargelwäldern und

Solarspiegelfeldern aufgebaut, die Strompreise auf Rekordhöhen getrieben, energieintensive Industriebranchen ins Ausland vertrieben und ist doch für die Aufrechterhaltung ihrer Illusionen zunehmend auf Importe von Kohle- und Atomstrom angewiesen. Man muß schon glaubensfest sein, um darin einen Beitrag zum „Klimaschutz“ zu entdecken.

An Tradition anknüpfen
Dabei wäre das Dilemma einfach aufzulösen. Nicht nur Frankreich und Großbritannien, auch die internationale Atomenergieagentur IAEA und der Weltklimarat IPCC, sie alle betrachten Kernenergie als saubere, CO₂-neutrale und klimaschützende Energieform. Der deutsche Diskurs um die Atomenergie ist jedoch in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts steckengeblieben. Tschernobyl und Fukushima gelten bis heute als Menetekel des „Atomkraft, nein danke“, obwohl Katastrophen dieser Größenordnung nach dem Stand deutscher Technologie und Sicherheitstechnik weder damals noch heute möglich gewesen wären.

Die einseitige Fixierung auf Sicherheits- und Entsorgungsprobleme ignoriert nicht nur die beträchtlichen Kollateralschäden durch die vermeintlich sauberen Alternativenergien, sondern auch den technologischen Fortschritt, aus dem Deutschland sich ohne Not schon vor Jahrzehnten ausgeklinkt hat. Reaktoren der neuesten Generation haben nicht nur drängende Sicherheitsfragen in Betrieb und Rohstoffversorgung gelöst, sondern auch Antworten auf die Entsorgung des Atommülls von gestern, der heute als Brennstoff der Zukunft gelten kann.

Der „Schnelle Brüter“ von Kalkar am Niederrhein, über den die Politik vor dreißig Jahren den Stab gebrochen hat, ist ein unübersehbares Mahnmal der deutschen Verirrung. Mit der Technologie, die dort nie in Betrieb genommen wurde, haben russische Kraftwerksbauer inzwischen die industrielle Führungsrolle übernommen.

Es wird schwer, aber nicht unmöglich, an die Tradition nuklearer Hochtechnologie made in Germany wieder anzuknüpfen. Kalkar ist bis heute eine der größten Investitionsruinen Deutschlands und fristet sein Dasein

als Freizeitpark. Soll das Industrieland Deutschland nicht in Gänze dieses Schicksal erleiden, führt an der Kehrtwende zum „Atomkraft, ja bitte“ kein Weg vorbei.

Geburtstage & Diverses November 2021



Im November 2021 feiern folgende Mitglieder ihren Geburtstag

03.11.: Harald Braun

09.11.: Jürgen Just

15.11.: Thomas Krüger

21.11.: Michael Röling

22.11.: Ferdinand Fürst von Bismarck

29.11.: Meinhard Elbing

Vorstand und Beirat gratulieren herzlich

Vorstand und Beirat
gratulieren herzlich



<Optionale Bildunterschrift>

Pro Gloria et Patria



Preussen

Preussische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e. V.

Unser Verein

Themen für die nächsten zwei Jahre

- Reformen Berlins und Brandenburgs
- Bildung Preußischer Humor
- Preußens Migrationspolitik
- Die Zukunft der Bundeswehr
- Die Verrohung unserer Gesellschaft
- Humor und Treitschke
- Entwicklung der Hauptstadt
- Stauffenberg und sein Vermächtnis
- Preußen zwischen rechts und links

Neujahrsempfang und
monatlicher Preussenbrief

Werden Sie Mitglied!

Retten Sie die Tugenden und werden Sie Mitglied
der Preussischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg!

Mitgliedsbeitrag

Pensionäre: 110 €

Erwerbstätige: 220 €

Firmen: 300 €



IMPRESSUM

Preussische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e. V.

c/o Hilton Berlin _ Mohrenstr. 30 _ 10117 Berlin
Tel. 0173 9313437

kontakt@preussen.org

www.preussen.org

Vorstand

Präsident Steffen Bender

Vorstand H-J. Prillwitz, T. Gütschow, M. Kayser

Ehrenpräsident Volker Tschapke

Beirat

M. Aden, H. Bracksmajer, H. Lenk, D. Lohmeier, W. Nowsch,
M. Otte, N. Neuendorf

Amtsgericht

VR 17087 NZ _ als gemeinnützig anerkannt FA Körperschaften I
St.Nr. 675/53373

Kontoverbindung

Berliner Bank AG _ BLZ 100 708 48 _ Konto-Nr. 48 28 68 700
IBAN DE 93 100 708 480 482 868 700 _ BIC/SWIFT DE UT DE DB 110